

Kurzbilanz der Bildungs- und Forschungspolitik

I. Jörg Tauss (Vorwort): AGENDA 2010 – Priorität für Bildung und Forschung

Die Sicherung unseres Wohlstands morgen entscheidet sich an unserem Mut, heute wichtige Entscheidungen zu treffen und mehr in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren. In Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung, des wachsenden internationalen Wettbewerbs und eines umfassenden demographischen Wandels entscheidet sich der Wohlstand unseres Landes an der Kreativität und Kompetenz der Menschen sowie an der Innovationsfähigkeit von Wissenschaft und Wirtschaft. Dies ist der Grund, weshalb Investitionen von heute in Bildung, Forschung und Innovation die Voraussetzung dafür sind, auch morgen unseren Wohlstand sichern zu können. Nur folgerichtig ist die **AGENDA 2010** daher als **Dreiklang von Reformen** in den sozialen Sicherungssystemen, einer Neuordnung des Arbeitsmarktes und der konsequenten Förderung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation angelegt. Dieser Aspekt kommt in der öffentlichen Diskussion häufig zu kurz.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass Deutschland sämtliche Kreativitäts- und Innovationsressourcen aktivieren muss, um die Sicherung unseres Wohlstandes langfristig zu sichern. Dazu muss die Verzahnung der gesamten Erziehungs- und Bildungswie Qualifikationskette vom Kindergarten bis zur Hochschule und Weiterbildung hinsichtlich Durchlässigkeit und Chancengleichheit für alle weiter verbessert sowie die Forschungspolitik verstärkt und auf Zukunftsfelder konzentriert werden. Die SPD-geführte Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion haben deshalb den 1998 eingeschlagenen Weg der **konsequenten Priorität für Bildung und Forschung** fortgeführt und verstärkt. Zahlreiche Initiativen aus den Koalitionsverträgen von 1998 und 2002 konnten erfolgreich realisiert werden. Hierbei ist es besonders wichtig, die Kontinuität in der Bildungs- und Forschungspolitik seit 1998 hervorzuheben. Auch wenn verschiedene externe Faktoren – z.B. Bundesverfassungsgerichtsurteile, die Blockadepolitik der unionsgeführten Länder oder die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte – keine 100%ige Bilanz erlauben, kann diese sich seit 1998 doch mehr als sehen lassen.

Mit freundlichen Grüßen



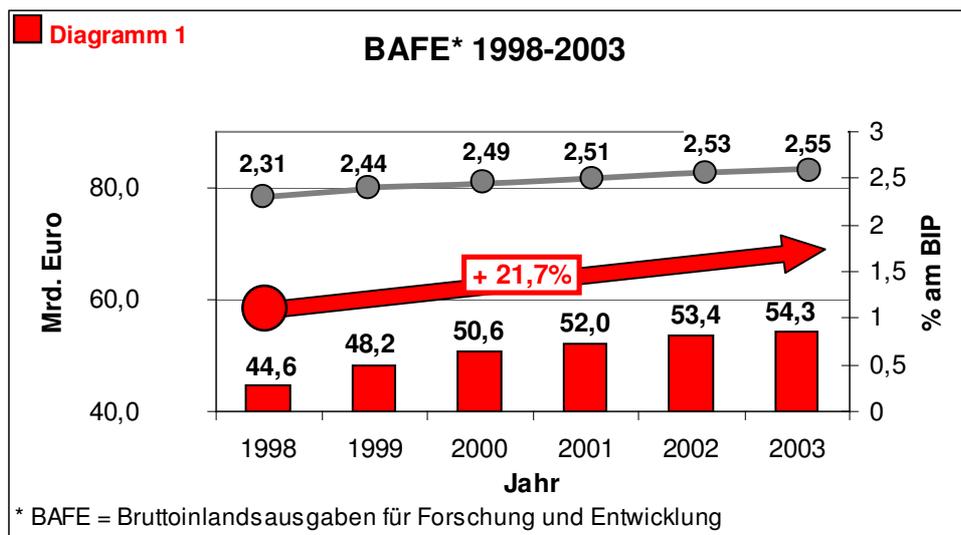
Jörg Tauss, MdB | Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

Inhalt	
I. Agenda 2010: Priorität für Bildung und Forschung	1
II. Mehr Mittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung	2
III. Chancengleichheit und Teilhabe – Erfolge unserer Bildungspolitik	3
■ Impulse für die schulische Bildung.....	4
■ Chancengleichheit an Hochschulen verbessert.....	5
■ Reform der Beruflichen Bildung.....	11
IV. Innovation und Zukunftstechnologien – Erfolge unserer Forschungspolitik	14
■ Mehr Geld für Forschung und mehr Forschung für's Geld.....	15
■ Reform der Forschungsstrukturen.....	17
■ Neuausrichtung der Forschungsförderung.....	20
V. Fazit	23

II. Mehr Mittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich im Koalitionsvertrag dem Ziel verpflichtet, den Anteil der öffentlichen und privaten Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Dabei sind 2/3 von der Wirtschaft und 1/3 von der öffentlichen Hand aufzubringen. Mit den Weimarer Beschlüssen des SPD-Parteivorstandes und den Leipziger Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion von Anfang Januar 2004 wurde dies nochmals bekräftigt.

Unser Regierungshandeln folgte diesem Ziel: Trotz der angespannten Finanzlage des Bundes und der notwendigen Konsolidierungspolitik ist es uns seit 1998 gelungen, den Raubbau der Kohl-Regierung und von Minister Rüttgers am Haushalt für Bildung und Forschung zu stoppen und die Mittel jedes Jahr deutlich aufzustocken. In unserer Regierungszeit konnten die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (BAFE) von 44,8 Mrd. € im Jahr 1998 auf 54,3 Mrd. € im Jahr 2003 gesteigert werden, ein Zuwachs von mehr als **+21 Prozent**. Der Anteil der BAFE am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich damit im selben Zeitraum von 2,31 (1998) auf **2,55 Prozent** (2003) erhöht (vgl. Diagramm 1). Deutschland liegt mit diesem BAFE-Anteil an dritter Stelle in Europa. Nur Schweden und Finnland wenden einen höheren Anteil am BIP für Forschung und Entwicklung auf. Allerdings haben auch wichtige Wettbewerber Deutschlands, beispielsweise die USA und auch Südkorea, in den vergangenen Jahren das Tempo drastisch erhöht. Der internationale Wettbewerb im Forschungsbereich hat sich deutlich intensiviert.



Einen wichtigen Beitrag zu diesem Zuwachs hat unser entschiedenes Regierungshandeln geleistet: Die Mittel des Bundes für Bildung und Forschung wurden seit 1998 um über **+37 Prozent erhöht** (vgl. Diagramm 2). Das war und ist ein großer Erfolg – zumal im Vergleich zu den Jahren 1993 bis 1998, in denen der Etat des BMBF durch „Zukunftsmister“ Rüttgers als Steinbruch benutzt und um insgesamt über 360 Mio. € gekürzt worden war.

Wir werden in diesem Jahr 2005 voraussichtlich erstmals etwa **10 Mrd. € für Bildung und Forschung** aufwenden. Unter den schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen und der notwendigen Konsolidierungspolitik des Bundes ist dies ein herausragender Erfolg der SPD-geführten Regierungskoalition. Auch ohne das Ganztagschulprogramm und ohne den BAföG-Darlehnsanteil beträgt die Etatsteigerung im Vergleich zu 1998 immer noch **+17,6 Prozent** (vgl. Tabelle 1).

Dies zeigt, dass die Etatsteigerung nicht wie oft behauptet allein auf Sonderprogramme und das BAföG zurückgeht – es handelt sich vielmehr um einen **substanziellen Aufwuchs**, der alle Bildungs- und Forschungsbereiche erfasst. Er gibt dem Bund wieder die Handlungsmöglichkeiten zurück, die er braucht, um wichtige Schwerpunkte zu setzen und richtige Innovationsanstöße zu geben. In beiden Bereichen konnten wir diese Handlungsmöglichkeiten im Sinne sozialdemokratischer Politik erfolgreich nutzen.

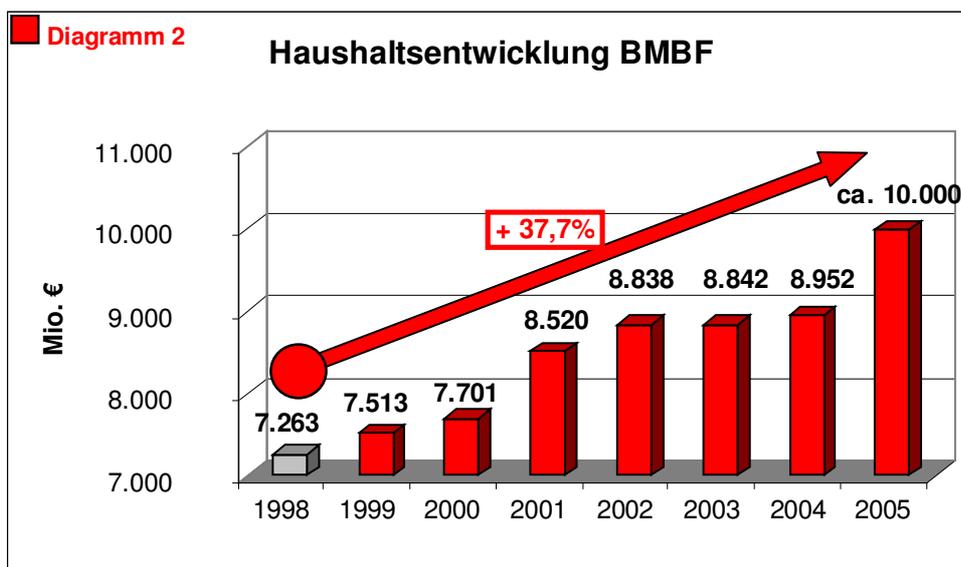


Tabelle 1

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005*	98-03
Bildung und Forschung	7.263	7.513	7.414	8.166	8.407	8.373	8.206	8.540	+17,6%
BAföG-Darlehnsanteil	-	-	287	354	431	427	442	460	
Ganztags-schulen	-	-	-	-	-	41	304	1000	
Gesamt	7.263	7.513	7.701	8.520	8.838	8.841	8.952	10.000	+37,7%

in Mio. € | * 2005 Soll-Werte

III. Chancengleichheit und Teilhabe – Erfolge unserer Bildungspolitik

Bildung ist für uns nach wie vor ein unverzichtbares Mittel für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung und eine zentrale Voraussetzung für eine selbstbestimmte eigenverantwortliche Lebensführung. Erst sie sichert eine gerechte Teilhabe jedes Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dies ist der Grund, weshalb in der Bildungspolitik allein **Chancengleichheit für alle** das Leitmotiv sein kann. Für die Sozialdemokratie ist das Ziel gleicher Bildungschancen für alle ohne Alternative, und zwar nicht nur am Start der Lernbiografie, sondern in jeder Phase des lebensbegleitenden Lernens. Dies setzt echte Chancengleichheit und Durchlässigkeit in allen Bereichen des Bildungssystems ebenso voraus, wie die konsequente Entwicklung des Fort- und Weiterbildungsbereichs als dritter Bildungssäule. Unser Reformziel war und ist dabei nicht vorrangig eine bessere Kosteneffizienz oder engere Orientierung der Bildungswege und -abschlüsse an den Markt-

bedürfnissen – das sind Instrumente und dürfen kein Selbstzweck sein. Unser Ziel ist und bleibt die Gewährleistung und Verbesserung der Chancengleichheit für alle in allen Bildungsbereichen. Wir sind diesem Ziel seit 1998 wichtige Schritte näher gekommen und haben in allen Bildungsbereichen überfällige Reformen umgesetzt und wichtige Reformimpulse gesetzt.

1. Wichtige Impulse für die schulische Bildung

Der Reformbedarf im deutschen Schulsystem ist nicht erst seit den internationalen (PISA) und innerdeutschen Vergleichsstudien (PISA-E) offenkundig. In den zentralen Lernfeldern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erbringen die Schülerinnen und Schüler in Deutschland im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittliche Leistungen. Hinzu kommt, dass in einem keinem anderen Land die Schere zwischen den besten und den schwächsten Schülerinnen und Schülern so groß ist wie in Deutschland. Und: Nirgendwo entscheidet die soziale Herkunft so sehr über die Bildungslaufbahn wie bei uns. Dieses Ergebnis bestätigte ebenfalls die internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU).

■ Bund bleibt auch in Bildungsfragen unverzichtbar

Für Reformen des Schulwesens sind in Deutschland selbstverständlich die Länder zuständig. Aber die von PISA und IGLU aufgedeckten Schwächen unseres Bildungssystems sind nur in einer gemeinsamen nationalen Anstrengung zu beseitigen. Deshalb haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Anstöße für die notwendigen Reformen auch im Schulwesen gegeben. Wir wollen keine Bundeskompetenz für Schule – aber die extremföderalistische Position, dass Bildung allein hinter den Grenzzäunen einzelner Länder und in der KMK stattzufinden hat, kann nicht im nationalen Interesse und schon gar nicht im Interesse der Schülerinnen und Schüler liegen. Es war daher in der Sache mehr als geboten, in den Beratungen zur Föderalismusreform den **überzogenen föderalistischen Forderungen** der unionsgeführten Länder energisch entgegen zu treten. Gleichwohl bleibt der Reformdruck enorm, so dass auch Bildung auf der Föderalismus-Agenda bleiben muss.

Bundesministerin Edelgard Bulmahn hat als Konsequenz aus PISA im Sommer 2002 ein **Fünf-Punkte-Programm** vorgestellt. Neben dem Ausbau des Ganztagsbetreuungsangebots und der Einführung eines Nationalen Bildungsberichts (s.u.) sieht es die Schaffung **Nationaler Bildungsstandards** vor, die die Bildungs- und Erziehungsziele sowie Leistungsstandards für Schüler und Schülerinnen umfassen sollen. Weiter fordert es ein **Bund-Länder-Förderprogramm** zur Überwindung der durch die PISA-Studien aufgedeckten Defizite von Schülern mit Schwerpunkt auf Frühförderung und lernschwachen Schülern und die regelmäßige Überprüfung dieser Leistungsstandards durch eine unabhängige Evaluation. Der letzte Punkt scheitert bisher allerdings an den B-Ländern. Unser Ziel ist und bleibt es, bis 2010 für Deutschland wieder einen Spitzenplatz unter den OECD-Ländern zu erreichen.

■ Mehr Ganztagschulen – Investitionsprogramm „Bildung und Betreuung“

Die SPD-geführte Regierungskoalition hat mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) das größte Schulbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik gestartet. Der Bund unterstützt die Länder in den Jahren 2003 bis 2007 mit insgesamt **vier Milliarden €** beim Auf- und Ausbau des Ganztagsschulangebotes. Dieses Programm ist ein wichtiger Impuls für eine grundlegende Erneuerung des Schulsystems in Deutschland. Ganztagschulen bilden die Basis für notwendige Reformen im Bildungswesen, denn sie schaffen Zeit und Raum für die Förderung individueller Talente und für eine bessere Betreuung weniger lernstarker Schülerinnen und Schüler. Und sie sind unverzichtbar, um Familie

und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Alle 16 Länder erhalten Mittel aus dem Programm, so dass der flächendeckende Ausbau des Ganztagsschulangebots angestoßen ist.

Das Programm hat Fahrt aufgenommen, offensichtlich gibt es erheblichen Bedarf nach zusätzlichen Ganztagschulen. Das haben zwischenzeitlich auch die CDU/CSU-geführten Länder bemerkt – nachdem sie sich lange aus ideologischen Gründen gegen die Bundesförderung gestemmt haben, beteiligen sie sich nun engagiert. Wir gehen davon aus, dass am Ende des Programms über **10.000 neue Ganztagschulen** in Deutschland entstanden sind. Das Ganztagsschulprogramm belegt daher eindrucksvoll, wie Bund und Länder gemeinsam wichtige Reformen realisieren können und wie wichtig hierbei der Beitrag des Bundes ist.

■ **Nationale Bildungsberichterstattung**

Im März 2004 haben Bund und Länder sich darauf verständigt, künftig einen **gemeinsamen Bildungsbericht** herauszugeben, der alle Bereiche des Bildungswesens abdecken soll. Mit der Erarbeitung des Berichts ist ein unabhängiges Wissenschafts-Konsortium beauftragt worden. Damit wurde – nach anfänglichem Zögern der Länder – ein Impuls aufgenommen, den die SPD-Bundestagsfraktion und dann die Regierungskoalition gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode mit einem entsprechenden Bundestagsbeschluss gegeben hatte.

Die Vorlage eines regelmäßigen Bildungsberichtes ist eine angemessene Reaktion auf die PISA-Studie. Deutschland wird künftig nicht mehr allein auf die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien angewiesen sein, sondern selbst eine regelmäßige Evaluation des Bildungswesens unter Einbeziehung internationaler Studien vornehmen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die notwendige Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems.

2. **Chancengleichheit und Konkurrenzfähigkeit an deutschen Hochschulen verbessert**

Die wachsenden Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft und die zunehmende Internationalisierung der Arbeitsmärkte verlangen gerade in der Hochschulpolitik eine klare Linie. Schon heute können wir den Bedarf an hoch- und höchstqualifizierten Arbeitskräften, wie z.B. Ingenieuren, kaum decken. Dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren noch deutlich steigen. Und bereits heute ist unabweisbar, dass die Europäisierung und Internationalisierung der Bildungs- und Arbeitsräume neue Anforderungen an die Konkurrenzfähigkeit der Bildungsstandorte sowie die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Qualifizierungsleistungen und Teilleistungen insbesondere im Studium stellt.

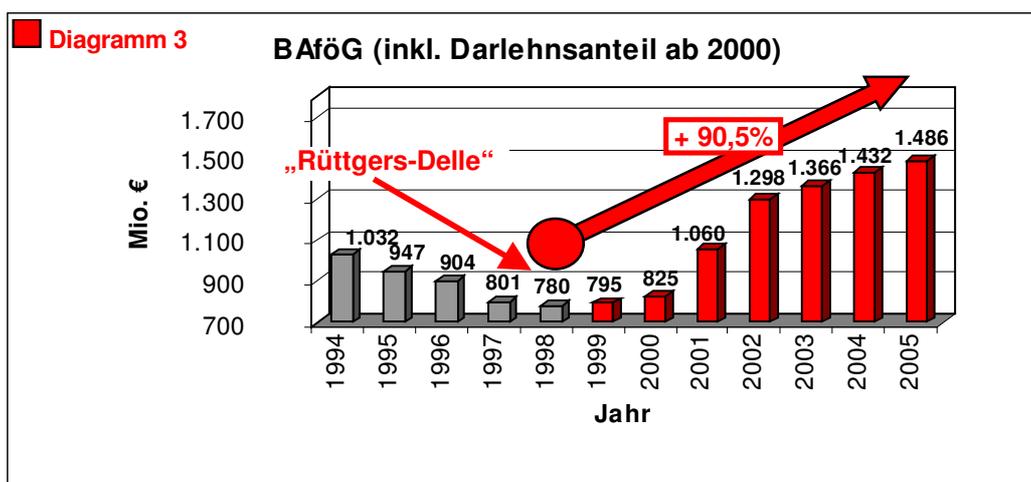
Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dieser Herausforderung gestellt. Ihre Politik ist daher seit 1998 darauf ausgerichtet, **möglichst vielen jungen Menschen** eine Hochschulausbildung zu ermöglichen, die Attraktivität der deutschen Hochschulen für Studierende und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland weiter zu steigern sowie die Hochschulen stärker international auszurichten und ihnen mehr Autonomie zu geben. Wir sind in diesen Fragen in den vergangenen sieben Jahren entscheidende Schritte vorangekommen.

■ **BAföG sorgt wieder für mehr Chancengleichheit**

Einer der wichtigsten Erfolge unserer Bildungspolitik ist die Reform und der Ausbau des BAföG, nachdem es unter Kohl und Rüttgers vernachlässigt und finanziell ausgeblutet worden war. Während **1972** noch **44,6 Prozent** aller Studierenden BAföG erhielten, waren es **1998** nur noch **12,6 Prozent**. Deutschland lag mit einer Quote von rund 28 Prozent Studienanfänger eines Jahrganges weit unter OECD-Durchschnitt. Schwarz-Gelb hatte das BAföG vor die Wand gefahren. Auch heute wollen Union und FDP das BAföG ganz abschaffen oder zur Finanzierung von Studiengebühren verwenden – so oder so, bei den Studierenden käme die Förderung dann nicht mehr an.

Wir haben nach 1998 das Ruder beim BAföG herumgerissen und es insbesondere mit der großen BAföG-Novelle von 2001 wieder zu einem attraktiven Mittel der Studienfinanzierung und damit zu mehr Chancengleichheit gemacht.

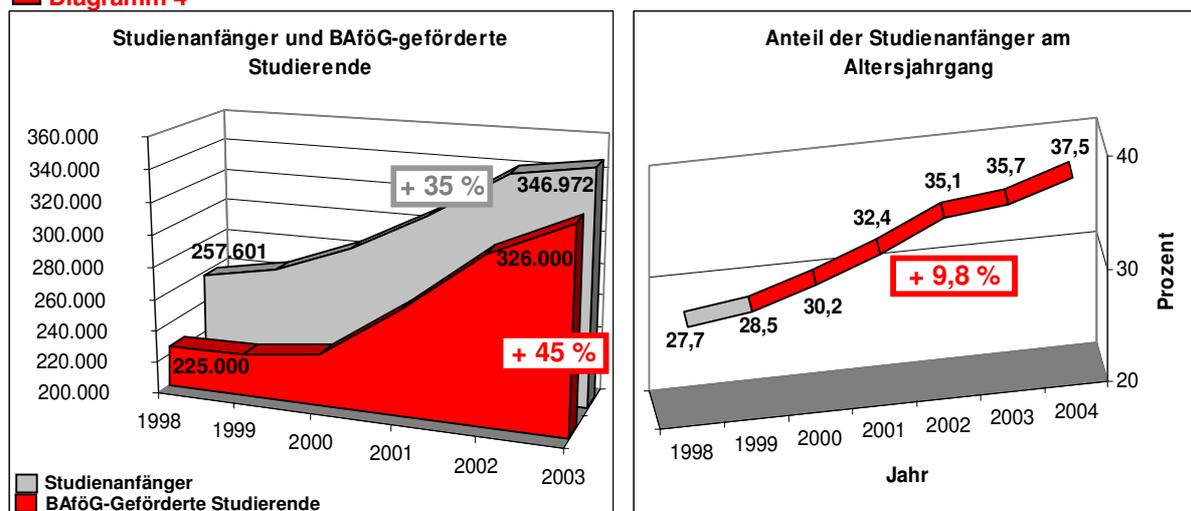
- Wir haben in zwei Novellen die Freibeträge und Bedarfssätze deutlich erhöht. Dadurch haben wesentlich mehr junge Menschen einen Anspruch auf Förderung erhalten, wodurch insbesondere auch die Anzahl der Vollgeförderten im unteren Einkommensbereich deutlich gesteigert werden konnte. Die Bedarfssätze wurden ebenfalls deutlich – im Höchstsatz über 10 Prozent – angehoben. Der Höchstsatz liegt aktuell bei 585 €. Zudem haben wir die Förderleistungen in den alten und den neuen Ländern vollständig angeglichen. Das Kindergeld wird nicht mehr angerechnet, wovon Eltern mit mittlerem Einkommen besonders profitieren.
- Wir haben den zurückzuzahlenden Darlehensanteil auf maximal 10.000 € begrenzt. Das hilft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien, die aufgrund der Höchstförderung bislang am Ende des Studiums auch die meisten Schulden angehäuft hatten.
- Wir fördern Auslandserfahrungen, indem ab dem 3. Semester das BAföG auch ins europäische Ausland mitgenommen werden kann.
- Und schließlich haben wir die Möglichkeit geschaffen, unabhängig vom Einkommen der Eltern zinsgünstige Bildungskredite in Höhe von bis zu 300 € monatlich für höchstens zwei Jahre zu bekommen, um teure Lehrmaterialien zu finanzieren, ein Auslandsstudium vorzubereiten oder einen Studienabbruch aus Geldmangel zu vermeiden.



Die positiven Wirkungen sind eindeutig: Nach dem Raubbau von Minister Rüttgers die BAföG-Mittel 1998 auf ein historisches Tief verringert hat, haben wir die Mittel des Bundes bis 2005 auf 1.486 Mio. € um über **+90 Prozent** erhöht und damit **fast verdoppelt** (vgl. Diagramm 3). Fast jeder **vierte Studierende** in Deutschland erhält heute BAföG, der Anteil ist fast doppelt so hoch wie noch 1998. Die „Rüttgers-Delle“ haben wir mehr als wettgemacht.

Wie zielführend dieses Instrument von uns gestaltet wurde, zeigt die Gleichzeitigkeit der Zunahme von Förderfällen und steigenden Studierendenzahlen (vgl. Diagramm 4): Von 1998 bis 2003 konnten wir die Zahl der Studienanfänger um **35 Prozent** erhöhen, zeitgleich erhielten **45 Prozent** mehr Studierende BAföG als noch vor sieben Jahren. Tabelle 2 belegt, dass dieser Trend sich 2004 weiter verstärkt hat: Allein die Zahl geförderter Studierender liegt mit 340.000 um **+51 Prozent** höher als 1998. Die BAföG-Geförderten insgesamt konnten wir bis 2004 sogar um **+56 Prozent** erhöhen.

Diagramm 4



Der Anteil der Studienanfänger an einem Altersjahrgang konnten wir von 27,7 in 1998 auf 37,5 Prozent in 2004 steigern – das sind fast **+10 Prozent**. Wir sind unserem Ziel, dass etwa 40 Prozent jedes Alterjahrganges ein Studium aufnehmen, damit ein wichtiges Stück näher gekommen.

Tabelle 2

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	vgl. 1998
Geförderte Gesamt	341.000	348.000	359.000	408.000	467.000	505.000	532.000	+ 56%
- davon Studierende	225.000	226.000	232.000	265.000	304.000	326.000	340.000	+ 51%
Studienanfänger	257.601	265.655	284.343	309.586	339.998	346.972	*	+ 35%

* Zahlen liegen noch nicht vor

Dies zeigt: Die SPD hat nach 1998 das BAföG wieder zu dem gemacht, was es sein soll: ein Instrument, das soziale Ungleichheiten ausgleichen und die Chancengleichheit für alle bei der Aufnahme eines Studiums verbessern hilft.

■ Studiengebühren: Loose-Loose-Situation für Hochschulen und Studierende

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte mit der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes die **Gebührenfreiheit für das berufsqualifizierende Erststudium** festgeschrieben. Damit sollte die durch die BAföG-Reformen wieder hergestellte Chancengleichheit abgesichert werden. Das Bundesverfassungsgericht hat im Januar 2005 hingegen entschieden, dass allein die Länder und nicht der Bund zuständig sind. Wir halten sachlich dennoch an der Gebührenfreiheit des Erststudiums fest. Denn Studiengebühren sind und bleiben **sozial ungerecht** und **bildungspolitisch kontraproduktiv**. Wir brauchen mehr, nicht weniger Hochschulabsolventen, um allein den steigenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften mittelfristig decken zu können. Eine neue „**Campus-Steuer**“ und **drohende Schuldenlasten** würden viele junge Menschen, vor allem junge Frauen, von einem Studium abschrecken und unsere Erfolge wieder gefährden.

Zudem werden sich die Hoffnungen vieler Hochschulen auf zusätzliche Einnahmen durch Studiengebühren nicht erfüllen. Die Gelder würden größtenteils in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fließen - das zeigen bisher alle internationalen Vergleichsstudien. Der

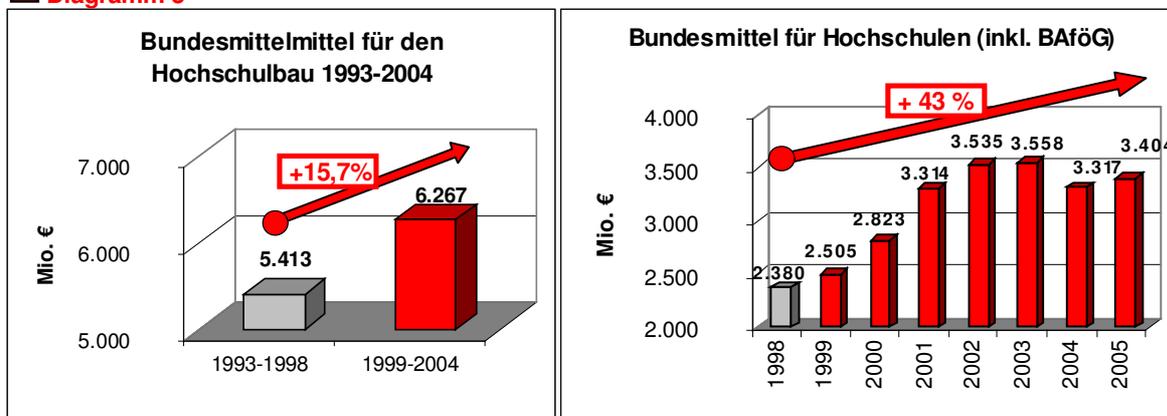
Begriff „Campus-“ oder „Studien-Steuer“ wäre daher treffender. Studiengebühren bedeuten aber in jedem Falle **erhebliche Mehrbelastungen** für die Studierenden und ihre Eltern, denen keine substanziellen Verbesserungen der Hochschulausbildung gegenüberstehen werden. Studiensteuern führen daher zwangsläufig zu einer echten **lose-loose-Situation** sowohl für die Hochschulen als auch für die Studierenden. Die Chancengleichheit und die Qualität unseres Bildungssystems bleiben auf der Strecke.

Nachdem das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz aufgehoben werden musste, sind nun die Länder am Zug, um die von Karlsruhe geforderte **soziale Abfederung** etwaiger Gebühren sicherzustellen. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass es hierfür **von Bundesseite keinerlei finanzieller Unterstützung** direkter oder indirekter Art geben kann. Wer Studiengebühren will, muss auch die volle finanzielle Last der sozialverträglichen Ausgestaltung tragen. Gegenwärtig schrecken die B-Länder offenbar vor den finanziellen Risiken der sozialen Abfederung zurück und verschieben die Einführung wieder und wieder – ein klares Indiz dafür, dass auch sie von einer sozial sehr ungerechten Wirkung von Studiengebühren ausgehen. Studiengebühren sind mit Sicherheit gegenwärtig das **größte Risiko** für die Sicherung unseres Fachkräftenachwuchses. Allein die gegenwärtige Diskussion über Studiengebühren hat aktuellen Erhebungen zufolge bereits vor allem bei Frauen zu Einbrüchen bei den Studierendenanfängerzahlen geführt.

■ **Mehr Mittel für die Hochschulen**

Die SPD-geführte Bundesregierung hat die Mittel für die deutschen Hochschulen deutlich erhöht. Damit hat der Bund in den letzten sieben Jahren einen zunehmenden Beitrag geleistet, um gemeinsam mit den Ländern den Hochschulen die Modernisierung ihrer Einrichtungen und Lehrangebote zu ermöglichen.

■ **Diagramm 5**



Allein für die Gemeinschaftsaufgabe des Hochschulbaus haben wir 1999-2004 mit etwa **6,3 Mrd. €** im Vergleich zu ca. 5,4 Mrd. € des vorhergehenden Fünfjahreszeitraum knapp **+15,7 Prozent** mehr Mittel bereitgestellt (vgl. Diagramm 5). Dies ist unter den Bedingungen der notwendigen Haushaltskonsolidierung ein bemerkenswerte Leistung. Noch bemerkenswerter ist der Anstieg, wenn alle Bundesmittel aufaddiert werden, die direkt oder indirekt den Hochschulen zufließen. Hochschulbau- und BAföG-Mittel sind darin ebenso enthalten, wie Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) oder Zuwendungen des Bundes für die Einrichtung von Juniorprofessuren und vieles mehr. Insgesamt werden 2005 mit **3.404 Mio. €** den Hochschulen im Vergleich zu 2.380 Mio. € in 1998 rund **+43 Prozent** mehr Mittel zur Verfügung stehen. Der Bund hat also seinen Beitrag zur Sicherung der Hochschulfinanzierung durchaus geleistet.

■ **Attraktivität und Internationalisierung der Hochschulen verbessert**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit 1998 entscheidend dazu beigetragen, dass die Attraktivität der Hochschulen für Studierende und Lehrende deutlich erhöht werden konnte und dass wir auf dem Weg zu einem europäischen Hochschulraum wichtige Schritte vorangekommen sind.

Der mittlerweile von 45 Staaten unterstützte **Bologna-Prozess**, der 1999 mit dem Ziel gestartet wurde, die Transparenz und Vergleichbarkeit der europäischen Hochschulsysteme zu verbessern und einen europäischen Hochschulraum zu schaffen, wurde durch Bundesministerin Edelgard Bulmahn in dieser Wahlperiode entschieden vorangetrieben. Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010 wird die europäische Hochschullandschaft transparenter, international wettbewerbsfähiger und attraktiver machen. Ziele sind vor allem die Umsetzung eines zwei- bzw. dreistufigen Graduiierungssystems (Bachelor/Master-System), die wechselseitige Anerkennung der Studienleistungen und -abschlüsse, die Einrichtung eines unabhängigen Qualitätssicherungssystems und die Stärkung der Mobilität der Lernenden und Lehrenden innerhalb Europas.

Die Bologna-Folgekonferenz im Bergen im Mai 2005 hat gezeigt, dass Deutschland hier ein **Motor der Entwicklung** ist. Wir haben frühzeitig mit den Novellen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) die Voraussetzungen für die Einführung des Bachelor-Master-Systems an deutschen Hochschulen geschaffen. Die derzeit **2.934** angebotenen **Bachelor- und Masterstudiengänge** (Sommersemester 2005) machen gegenwärtig etwa **27 Prozent** des gesamten Studienangebots in Deutschland aus, etwa ein Drittel von ihnen sind bereits akkreditiert. Deutschland hat in Bergen als einer der ersten Mitgliedstaaten einen nationalen Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse vorgelegt. Mit der BAföG-Reform 2001 haben wir es den Studierenden ermöglicht, ab dem dritten Semester ihre **Förderung** auch für ein **Studium im Ausland** nutzen zu können. Jeder vierte im Ausland Studierende aus Deutschland ist BAföG-Empfänger. Dies wird Vorbildcharakter für viele Bologna-Staaten haben. doch auch hier versucht die Union mit der Klage von Hessen und Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Bundeszuschüsse für das Bologna-Zentrum bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), auf deren Serviceangebot die Hochschulen bei der Implementierung des Prozesses dringend angewiesen sind, zu blockieren; bisher ist sie damit gescheitert.

Die Union hat die Bologna-Entwicklung verschlafen und erkennt sie in ihrer Tragweite bis heute nicht. Sie setzt auf Sonderwege der Länder, auf hochschulpolitische Kleinstaaterei und wird den neuen Anforderungen daher in keiner Weise gerecht.

Wir haben die Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses nachhaltig verbessert. Mit der Einrichtung der **Juniorprofessuren** können junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen künftig – wie international üblich – schon am Beginn ihrer Karriere mit Anfang 30 selbständig lehren und forschen. Juniorprofessoren erhalten eigene Budgets, das Recht zur Betreuung von Promotionen und zur Durchführung eigener Lehrveranstaltungen. Die Habilitation ist damit nicht mehr eine obligatorische Voraussetzung für die Berufung auf einen Lehrstuhl. Bis Ende letzten Jahres waren **786 Juniorprofessuren** besetzt, davon **28 Prozent** mit **Frauen**. 14 Prozent der Juniorprofessorinnen und -professoren kommen aus dem Ausland, zweidrittel davon sind Rückkehrer. Auch hier zogen einige Unionsländer erst vor das Bundesverfassungsgericht, um dann nach und nach doch Juniorprofessuren einzuführen – und zwar mithilfe von Bundesmitteln!

Der Bund förderte die Einrichtung der Juniorprofessuren **bis Ende 2004** mit **57,5 Mio. €**. Leider **blockieren die unionsgeführten Länder** Hessen, Baden-Württemberg und Bayern die weitere Fortsetzung dieser Förderung, für die der Bund weitere **rund 120 Mio. €** zugesagt hat. Das Geld steht bereit, aber die Union gefährdet einmal mehr fahrlässig die Zukunft unseres wissenschaftlichen Nachwuchses.

Wir konnten schließlich auch die Attraktivität Deutschlands als Studien- und Forschungsstandort deutlich steigern. Wir haben die Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Studierende

flexibilisiert und verbessert und damit eine effizientere Studien- und Arbeitsplanung ermöglicht. Mit der Einführung der international bekannten BA- und MA-Abschlüsse, den Juniorprofessuren, der Möglichkeit zum „tenure track“, der individuellen Förderung von Spitzen-Nachwuchswissenschaftlern (z.B. mit dem renommierten Sofia-Kowalewskaya-Preis) und vielen anderen Maßnahmen, zuletzt mit den Graduiertenschulen, Exzellenzclustern und Spitzenzentren der Exzellenzinitiative konnten wir die Attraktivität des Forschungsstandorts auch für ausländische Wissenschaftler deutlich steigern. Damit und vor allem mit konzentrierten **internationalen Marketing-Aktionen** für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland, die gemeinsam von Bund, Ländern, Wirtschaft, Wissenschaft und Studentenwerk durchgeführt wurden, haben wir die internationale Konkurrenzfähigkeit deutscher Hochschulen deutlich erhöht. Dies zeigt Wirkung: Allein von 1998 auf 2002 ist die Zahl ausländischer Studierender von 104.000 auf 140.000 gestiegen, ein Zuwachs um **+35 Prozent**. Mit einem Anteil ausländischer Studierender von **10 Prozent** an den bestehenden Studienplätzen liegen wir gleichauf mit Großbritannien und übertreffen die USA mit knapp 4 Prozent deutlich.

Der „Brain drain“ etwa in die USA oder nach Großbritannien konnte mit diesen Maßnahmen **effektiv gebremst** und teilweise auch **umgekehrt** werden. Klar ist daher: Die Europäisierung der Hochschullandschaft und insbesondere der Bologna-Prozess machen eine Beteiligung des Bundes an der Gestaltung des Hochschulwesens in Deutschland unverzichtbar.

■ Mehr Autonomie für die Hochschulen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit dazu beigetragen, dass entscheidende Schritte zur Modernisierung des deutschen Hochschulsystems umgesetzt werden konnten. In mehreren **Novellen des Hochschulrahmengesetzes** und mit der **Dienstrechtsreform** haben wir den Grundstein für mehr Leistungsorientierung und mehr Autonomie in den Hochschulen und bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs legen können.

Mit der Neugestaltung der Professorenbesoldung wurde erstmals ein flexibleres und **leistungsorientierteres Besoldungssystem** eingeführt, das eine Grundvergütung mit variablen Gehaltsbestandteilen kombiniert. Wir haben damit die Voraussetzung geschaffen, dass Professorinnen und Professoren auch nach Leistung bezahlt werden können. Auch hier blockieren vor allem die unionsgeführten Länder die weitere Umsetzung.

Und noch ein Stück mehr Autonomie für die Hochschulen: Im Juli 2004 haben wir eine Neuregelung des Hochschulzugangs in bundesweit zulassungsbeschränkten Studienfächern durchsetzen können. Künftig ist im Hochschulrahmengesetz geregelt, dass die Hochschulen **60 Prozent** ihrer Studierenden nach einem **Auswahlverfahren selbst aussuchen** können. 20 Prozent der Studienplätze werden künftig an die Abiturbesten, 20 Prozent nach Wartezeit vergeben. Im Auswahlverfahren der Hochschulen werden die Studienplätze insbesondere unter Berücksichtigung von Kriterien wie u.a. Abiturdurchschnittsnote, fachspezifische Eignung oder vorherige Berufsausbildung oder -tätigkeit, Ergebnisse eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests oder Auswahlgesprächs vergeben. Das Landesrecht kann ergänzend weitere Kriterien – wie z. B. außerschulische Aktivitäten – vorsehen und den Hochschulen nähere Vorgaben für das Auswahlverfahren machen, z. B. die obligatorische Anwendung von weiteren Kriterien neben der Abiturdurchschnittsnote vorsehen.

Den Hochschulen werden damit die lange eingeforderten größeren Spielräume bei der Auswahl ihrer Studierenden eröffnet. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) soll dennoch eine wichtige Rolle behalten: bei der Vergabe von Studienplätzen nach Abiturnoten und Wartezeit sowie als Servicestelle zur Unterstützung von Studierenden und Hochschulen im Auswahlverfahren. Die Neuregelung soll nach unserer Vorstellung erstmals zum Wintersemester 2005/2006 greifen.

3. Größte Reform der Beruflichen Bildung seit 1969

Das duale System der Berufsausbildung ist und bleibt die wichtigste Säule zur Sicherung der Berufschancen und damit der gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen in Deutschland. Das **duale System hat sich voll bewährt**. Seine Bedeutung für die Gewährleistung eines ausreichenden Fachkräftenachwuchses ist nicht hoch genug einzuschätzen und wird in Zukunft angesichts wachsender Bedarfe nach gut ausgebildeten Fachleuten weiter steigen. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der sich zunehmend dynamisch ändernden Anforderungen der Wirtschaft wachsen die Anforderungen an Durchlässigkeit und an Angebote der beruflichen Fort- und Weiterbildung bis in den Hochschulbereich hinein.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Modernisierung der beruflichen Bildung seit 1998 zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Unser Ziel ist und bleibt es, mit der Modernisierung, Stärkung, Flexibilisierung und Anpassung des dualen Systems an Entwicklungstrends wie die zunehmende Internationalisierung der Arbeitsmärkte oder den dynamischen Qualifizierungsbedarf einen zentralen Beitrag zur Sicherung der Innovationsfähigkeit Deutschlands zu leisten. Auch hier sind die Fortschritte unter der SPD-geführten Regierung unübersehbar: **Wir haben die duale Berufsausbildung fit für die Zukunft gemacht.**

■ Modernisierung der beruflichen Bildung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich den neuen Anforderungen gestellt und für das duale System der beruflichen Bildung in der Novelle des Berufsbildungsgesetzes eine umfangreiche Antwort gegeben. Das Gesetz hat zum Ziel, die Ausbildungschancen und die Qualität der Ausbildung für die Jugend zu verbessern und nicht zuletzt die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit gut ausgebildeten Nachwuchskräften zu sichern. Die Verantwortlichen im Bund, in den Ländern und in den Regionen erhalten durch das neue Berufsbildungsrecht **mehr Handlungsspielräume**, so dass ein Wettbewerb um die erfolgreichsten Wege ermöglicht wird. So sieht das neue Gesetz für die Absolventen schulischer Berufsausbildungen einen verbesserten Zugang zu Kammerprüfungen vor. Die Möglichkeiten der "Verbundausbildung" mehrerer Betriebe werden verbessert, so dass auch mehr Betriebe die Möglichkeit haben, überhaupt auszubilden. Künftig können auch im **Ausland absolvierte** Ausbildungsteile anerkannt werden. Darüber hinaus fordern wir die Länder auf, für qualifizierte junge Menschen, die das duale System durchlaufen haben, bessere Zugänge zu den Hochschulen, insbesondere den Fachhochschulen, zu schaffen und in der beruflichen Fortbildung erworbene Kompetenzen auf Studienleistungen besser anzurechnen.

Das Gesetz bildet das Kernstück der Modernisierung des Systems der beruflichen Bildung, mit der wir 1998 begonnen haben. Seit 1999 wurden rund **154 modernisierte oder neue Berufe in Kraft** gesetzt, allein 2004 sind es über 30, 2005 zum 1. August weitere 23. Dies ist der **größte Modernisierungsschub** seit 1969, als das Berufsbildungsgesetz in Kraft trat. Dass die Antwort richtig war, zeigt die Tatsache, dass deutlich mehr als die Hälfte der neuen Ausbildungsverträge heute in kürzlich modernisierten Berufen abgeschlossen werden.

■ Chancen am Berufsanfang sichern: Ausbildungsplätze für alle

Chancengleichheit bedeutet auch, nicht bereits am Anfang seines Berufslebens ins Abseits zu geraten und den Anschluss zu verlieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher auf die schwierige Situation auf dem Lehrstellenmarkt reagiert und eine Ausbildungsplatzumlage verabschiedet, der Deutsche Bundestag hat das entsprechende Berufsausbildungssicherungsgesetz beschlossen. Auf dieser Grundlage konnten wir mit der Wirtschaft einen **Pakt für Ausbildung** erzielen, der wie die Umlage ein zentrales Ziel hat: Alle jungen Menschen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, sollen einen Ausbildungsplatz oder eine Einstiegsqualifizierungsmaßnahme erhalten. Dabei sollte Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden: **Ohne das Umlagegesetz hätten wir heute keinen Pakt.** Die Ausbil-

ungsplatzumlage ist ebenfalls ein Beispiel **moderner Gesetzgebung**: Wir wollen sie als letztes Mittel erst dann durchsetzen, wenn die Zielvereinbarung im Rahmen des Paktes für Ausbildung von der Wirtschaft nicht erfüllt wird. Wir sind pakttreu.

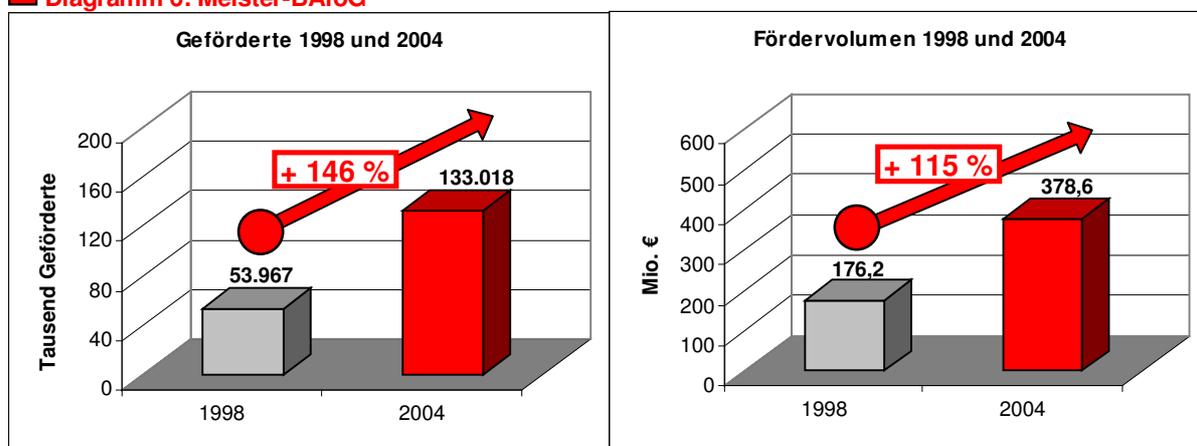
Im ersten Pakt-Jahr 2004 hat er funktioniert und wir konnten den jungen Menschen endlich wieder eine klare Perspektive geben. Die Wirtschaft konnte ihre Zusagen aus dem Pakt weitgehend erfüllen und auch die SPD-geführte Bundesregierung hat ihren Beitrag zu diesem Erfolg geleistet: mit **30 Prozent mehr Ausbildungsplätzen in der Bundesverwaltung hat sie** die im Pakt vereinbarten 20 Prozent deutlich überschritten. Diesen Weg wird sie auch in 2005 fortsetzen und wir appellieren nachdrücklich auch an die Kommunen und an die Länder, dem positiven Beispiel des Bundes zu folgen.

Dies ist notwendig, da auch 2005 die Lage auf dem Ausbildungsmarkt wieder sehr angespannt ist. Die SPD-geführte Bundesregierung unterstützt die Pakt-Partner mit dem Start der **Ausbildungsoffensive 2005** in ihren Anstrengungen, auch in diesem Jahr die Ziele zu erreichen. So hat sie z.B., wie im Pakt vereinbart, die Mittel für das erfolgreiche Programm **STARegio** zur Förderung von Ausbildungsverbänden um **+50 Prozent auf 37 Mio. € bis 2007 erhöht**. Zudem stellt die Bundesregierung im Rahmen des **Ausbildungsprogramms Ost 2005** weitere **90 Mio. €** für die Förderung von ca. 14.000 neuen Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Für uns ist klar: Wir sind im **entscheidenden Bewährungsjahr** des Paktes. Gegenwärtig geht die SPD-Bundestagsfraktion davon aus, dass die Ziele durch eine konzentrierte Aktion aller auch 2005 erreicht werden können. Es ist an der Wirtschaft und vor allem am Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, hier endlich mehr Verantwortung zu zeigen.

■ Meister-BAföG

Chancengleichheit und Flexibilität verlangen auch die Förderung der Fort- und Weiterbildung qualifizierter junger Menschen. Wir haben mit der **grundlegenden Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG)** zum 1. Januar 2002 die Förderung von fortbildungswilligen Fachkräften und angehenden Existenzgründern wesentlich verbessert und den individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen deutlich ausgebaut. So wurden z.B. der Kreis der Geförderten und der Anwendungsbereich der Förderung ausgeweitet, die Förderkonditionen für alle Teilnehmer deutlich verbessert, die Familienkomponente ausgebaut, ein stärkerer Anreiz zur Existenzgründung gegeben. Ebenfalls konnte die Förderung für Ausländer verbessert und die Beantragung und Bewilligung der Förderung vereinfacht werden.

■ **Diagramm 6: Meister-BAföG**



In ihrer Summe waren diese Einzelmaßnahmen sehr erfolgreich (vgl. Diagramm 6): Die Fördersumme des sogenannten Meister-BAföGs konnte von 176,2 Mio. € in 1998 auf **378,6 Mio. €** in 2004 gesteigert werden, das sind ein Plus von knapp **+115 Prozent**. Damit konnte auch die Zahl der Geförderten um über **+146 Prozent** von 56.967 (1998) auf nun 133.018 (2004) erhöht werden. Immer mehr Frauen nutzen das Meister-BAföG: 31 Prozent der Geförderten 2004 waren Frauen, das ist allein gegenüber 2003 ein Anstieg von **+14 Prozent**. Das neue Meister-BAföG ist ein großer Erfolg für die SPD-geführte Bundesregierung.

■ **Fort- und Weiterbildung ausbauen**

Die SPD-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass aufgrund des demographischen Wandels und der zunehmenden Entwicklungsdynamik in allen Bereichen der Wirtschaft der Bildung, Fort- und Weiterbildung auch älterer Menschen im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens eine zunehmende Bedeutung zukommt.

Mit dem ersten und zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I und II) wurde zu Beginn der 15. Legislaturperiode ein **grundlegender Kurswechsel** bei der Förderung der **beruflichen Weiterbildung** nach dem SGB III eingeleitet. Ziel der Reform war es, für **mehr Qualität und Effizienz** im Bereich der beruflichen Weiterbildung zu sorgen. Dies sollte insbesondere durch die Einführung von **Bildungsgutscheinen** und **Zertifizierung** der Weiterbildungsanbieter erreicht werden. Am 22. Juni 2004 trat die „Verordnung über das Verfahren zur Anerkennung von fachkundigen Stellen sowie zur Zulassung von Trägern und Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch“ in Kraft. Die Verordnung ist ein wichtiger Baustein zur Steigerung der Qualität und Effizienz in der beruflichen Weiterbildung. Damit sind erstmals **bundeseinheitliche Vorgaben** für die Qualitätssicherung in einem wichtigen Segment der Weiterbildungslandschaft gemacht worden.

Zudem haben wir mit dem im Juli 2004 verabschiedeten Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung die Möglichkeit der **steuerlichen Berücksichtigung** von Aus- und Weiterbildungskosten **erheblich verbessert**. Künftig können entsprechende Aufwendungen bis zu einer Höhe von 4.000 € als Sonderausgaben in Abzug gebracht werden. Das entspricht einer steuerlichen Entlastung von fast 350 Mio. € jährlich.

Der Kurswechsel in der Weiterbildungspolitik wurde allerdings begleitet von einem deutlichen Rückgang der nach SGB III geförderten Maßnahmen. Hinzu kam eine höchst umstrittene Geschäftspolitik der BA, die unter anderem über die Einführung einer Mindestverbleibsquote von 70 Prozent die Qualität der Angebote sicherstellen wollte. Beklagt wurden auch fehlende Informationsangebote für die Inhaber von Bildungsgutscheinen. Das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren hat zu einer **schwierigen Situation** auf dem **Weiterbildungsmarkt** geführt. In schwierigen Verhandlungen mit allen Beteiligten konnte die AG Bildung und Forschung zumindest punktuell zu einer Entschärfung der Situation beitragen. So konnte sichergestellt werden, dass auch im Jahr 2003 berufsvorbereitende Maßnahmen mindestens auf Vorjahresniveau angeboten wurden. Mit dem Ausbildungspakt wurde dies auch für das Jahr 2004 sichergestellt. Die BA hat ihre starre Haltung zur Verbleibsquote in einer Geschäftsanweisung an die Arbeitsagenturen relativiert und das Informationsangebot wurde insbesondere durch den Ausbau der Weiterbildungsdatenbank KURS verbessert. Dennoch bleibt die Situation auf dem Weiterbildungsmarkt äußerst angespannt und sie benötigt weiter unsere besondere Aufmerksamkeit, zumal von den örtlichen Arbeitsgemeinschaften und operierenden Gebietskörperschaften die vorhandenen Mittel noch nicht ausgeschöpft werden.

Die Bundesregierung hat zur Vorbereitung einer konzeptionellen Nachjustierung eine **Expertenkommission zur Weiterbildung** eingesetzt, deren umfangreicher Bericht nun vorliegt. Diese Frage wird in der kommenden Legislaturperiode daher **einen Schwerpunkt** sozialdemokratischer Bildungspolitik darstellen.

IV. Neuausrichtung auf Innovation und Zukunftstechnologien – Erfolge unserer Forschungspolitik

Mit der **Lissabon-Strategie** hat sich die Europäische Union das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2010 in Europa den wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu schaffen. Zentrale Bausteine dieser Strategie sind die Steigerung der Investitionen in Bildung, Forschung und Innovationen, die Sicherstellung von mehr Effizienz und Wettbewerb in der Forschung und die Schaffung von innovationsfreundlicheren Rahmenbedingungen. Eine innovationspolitisch wichtige Wegmarke des Lissabon-Prozesses ist das Ziel, bis 2010 den Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Europa auf **3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes** zu erhöhen. Mit einem Anteil in Höhe von gegenwärtig 2,55 Prozent (2003) ist Deutschland diesem Ziel einen großen Schritt näher gekommen und liegt auch deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Dies ist ein unbestreitbarer und bemerkenswerter Erfolg der SPD-geführten Regierungskoalition.

Um das Lissabon-Ziel zu erreichen und international konkurrenzfähig zu sein, müssen wir die Förderung innovativer Zukunftstechnologien verstärken, die Verzahnung von Forschung und Entwicklung verbessern, den Mittelzuwachs für die Forschungsförderung verstetigen und deren erfolgreiche Neuausrichtung auf Zukunftsfelder und –märkte weiter vorantreiben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat entscheidende Schritte auf diesem Weg initiiert und mit durchgesetzt. Wir haben die **Forschungsförderung konsequent ausgebaut** und **Forschungsstrukturen reformiert**. Wir haben aber auch nicht vergessen, dass in Zeiten von Globalisierung, europäischer Integration, neuer technischer Möglichkeiten und weltumspannender kultureller Konflikte die Nachfrage nach ethischen Maßstäben, Interpretations- und Orientierungswissen weiter zunimmt.

Der **Erfolg in der Forschungspolitik** der letzten sieben Jahren spricht für sich: Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschafts- und Forschungssystems hat sich unter unserer Verantwortung deutlich verbessert. Wir sind wieder die **Forschungsnation Nummer zwei** hinter den USA, nachdem wir vor 1998 hinter Japan und Großbritannien zurückgefallen waren.

■ AGENDA 2010: Innovationsoffensive in Wissenschaft und Forschung

Die EU wird die Lissabon-Ziele ohne einen substanziellen deutschen Beitrag nicht erreichen können. Gerade ein ressourcenarmes und exportorientiertes Industrieland wie Deutschland befindet sich daher in einem besonders intensiven Innovationswettbewerb und in einer doppelten, nationalen wie europäischen Verantwortung. Deshalb haben wir als integralen Bestandteil der AGENDA 2010 die **Priorität auf die Förderung von Innovationen in Wissenschaft und Forschung** in Wirtschaft und Gesellschaft gesetzt. Es geht um innovative Technologien, Produkte, Dienstleistungen und Patente für neue Arbeitsplätze genauso wie um weniger Bürokratie, besseres Orientierungswissen und mehr Autonomie und Verantwortung in der Forschung.

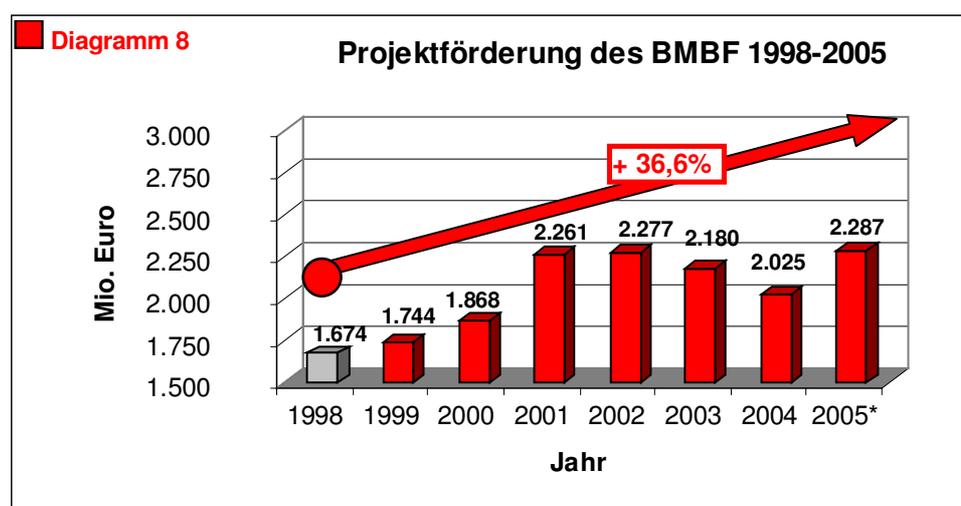
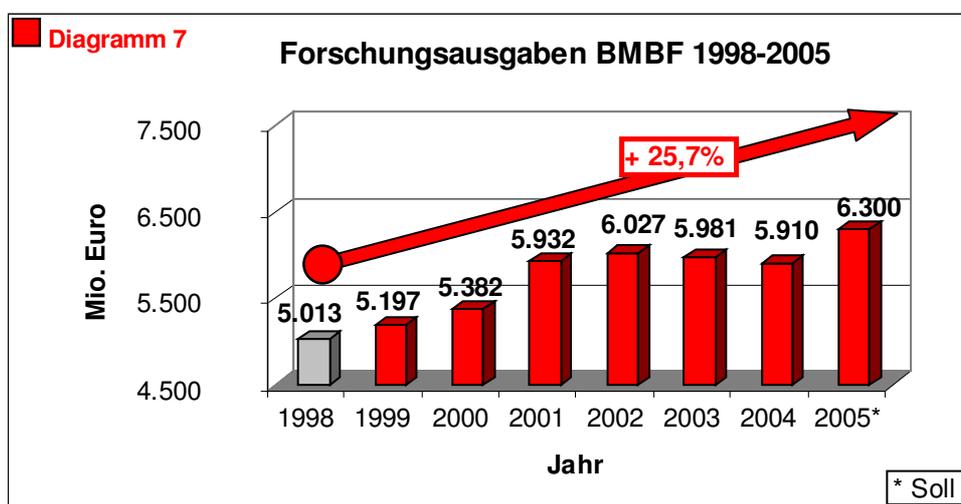
SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion haben zu Beginn des Jahres 2004 mit den Beschlüssen von Weimar und Leipzig den **Startschuss** für die **Innovationsoffensive** gegeben. Die AG Bildung und Forschung hat hierzu ein eigenes Diskussionspapier unter dem Titel „Das Jahrzehnt der Innovation, der Bildung und der Forschung“ vorgelegt, in dem Leitmotiv für den Innovationsprozess skizziert und Forderungen in zentralen Handlungsfeldern formuliert wurden. Parallel zu den Aktivitäten der Fraktion hat die Bundesregierung die **Initiative „Partner für Innovation“** ins Leben gerufen. Ziel dieser Initiative ist es, gemeinsam mit den Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft Ideen und Konzepte zu entwickeln, die Deutschlands Spitzenplatz unter den führenden Technologiestandorten sichern.

1. Mehr Geld für Forschung und mehr Forschung für's Geld

Die Forschungsförderung des Bundes ist für die Innovationsfähigkeit Deutschlands unverzichtbar. Trotz der schwierigen Haushaltslage ist es uns gelungen, unsere Mittel für Wissenschaft und Forschung seit 1998 **deutlich zu erhöhen** und den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den Entwicklern und Ingenieuren eine **verlässliche Perspektive** zu bieten. Gleichzeitig haben wir die Qualitätssicherung ausbauen und mehr Wettbewerb in der Forschung realisieren können. Mit der Erhöhung der Projektförderung, dem Pakt für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative haben die SPD-geführte Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb auch für die Zukunft **gut aufgestellt**.

■ Forschungsausgaben auf Rekordniveau - Schwerpunkt auf Projektförderung

Unter unserer Regie hat der Bund seine Verantwortung für das deutsche Innovationssystem wahrgenommen und seine Forschungsausgaben auf ein neues Rekordniveau erhöht. Im Vergleich zu 1998 haben wir die Mittel allein des BMBF um **+25,7 Prozent** auf in 2005 vorgesehene **6,3 Mrd. €** erhöht (vgl. Diagramm 7).



Der Bundesbericht Forschung 2004 weist für die Forschungsmittel des Bundes insgesamt ebenfalls ein bemerkenswertes Wachstum auf. Von 1998 steigerten sich die Mittel allein bis

2003 – der aktuellsten Ist-Zahl – um **+12,4 Prozent** auf **9,162 Mrd. €** an. Auch dies ist ein klares Zeichen unserer Prioritätensetzung.

Die gezielte Förderung konkreter Projekte bietet ein hocheffizientes und dennoch hinreichend steuerbares Instrument zur Förderung von Forschung und Entwicklung. Die Ausrichtung der Förderprogramme kann zeitnah zum neu erkannten Forschungsbedarf erfolgen und gezielt an den Erfordernissen von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet werden. Wir haben den **Ausbau der Projektförderung** daher zu einem **Schwerpunkt** gemacht und die Mittel im Vergleich zu den Forschungsausgaben sogar **überproportional** ausgebaut. Diagramm 8 belegt, dass wir seit 1998 allein die Projektfördermittel des BMBF um über **+36,6 Prozent** auf nunmehr **2,287 Mrd. €** erhöht haben. Allein die Bundesmittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft haben wir von 561,6 Mio. € 1998 auf **769 Mio. €** in 2005 erhöhen können. Das entspricht einer Steigerung von etwa **+36,9 Prozent** (vgl. Tabelle 3). Wir konnten damit die **Handlungsfähigkeit** von Wissenschaft und Forschung deutlich steigern und die Förderprogramme auf Zukunftsfelder und neue Informationsbedarfe hin ausrichten.

Tabelle 3	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005*	vgl. 98-05
BMBF-Ausgaben für Forschung	5.013	5.197	5.382	5.932	6.027	5.981	5.910	6.300	+25,7 %
BMBF-Projektfördermittel	1.674	1.744	1.868	2.261	2.277	2.180	2.025	2.287	+36,6 %
- DFG	561,6	607,2	621,2	671,8	704,9	725,0	746,6	769,0	+36,9 %
- Helmholtz-Gemeinschaft	1.268,3	1.283,3	1.294,0	1.331,9	1.338,1	1.359,1	1.400,5	1.439,3	+13,5 %
- Max-Planck-Gesellschaft	401,5	424,4	437,2	450,1	467,8	468,2	470,6	497,8	+24,0 %
- Leibniz-Gemeinschaft	222,3	225,8	230,3	235,5	241,0	242,8	248,9	264,9	+19,2 %
- Fraunhofer-Gesellschaft	286,5	298,3	306,9	315,2	305,8	320,4	344,3	359,5	+25,5 %

in Mio. Euro | * Soll-Werte

Die Tabelle belegt zudem, dass wir **allen großen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen** deutlich **mehr Mittel – zwischen +13,5 und +25,5 Prozent** – zur Verfügung stellen konnten, um ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

■ Pakt für Forschung und Innovation durchgesetzt

Eine wichtige Botschaft der AGENDA 2010 war das Versprechen an die Wissenschafts- und Forschungsorganisationen, ihnen eine verlässliche Wachstumsperspektive bis 2010 zu sichern. Dies ist ein unverzichtbarer Baustein zur Erreichung der Lissabon-Ziele der EU sowie zur mittelfristigen Sicherung der Spitzenstellung der deutschen Forschung.

Im Juni 2004 konnten wir den Pakt für Forschung und Innovation nach 18-monatiger Blockade der Union endlich realisieren. Der Pakt sichert den institutionell geförderten Wissenschafts- und Forschungsorganisationen – der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz Gemeinschaft – sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG wie versprochen **bis 2010** ein Wachstum der Mittel von **jährlich mindestens drei Prozent**, das entspricht etwa jedes Jahr **100 Mio. €** mehr allein vom Bund. Im Gegenzug verpflichten sie sich, die Qualitätssicherung weiter auszubauen und sich dabei verstärkt an Wettbewerb und Exzellenz zu orientieren, die Vernetzung in Koope-

rationen oder Forschungsverbänden zwischen außeruniversitären Einrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft zu intensivieren und insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs intensiver zu fördern.

■ 1,9 Mrd. € mehr für Spitzenforschung in Deutschland

Die SPD hat der Spitzenforschung in Deutschland zusätzlich **1,9 Mrd. € bis 2011** gesichert, von denen der Bund allein **75 Prozent** beiträgt. Damit sollen bis zu **40 Graduiertenschulen** mit durchschnittlich **je 1 Mio. €** und bis zu **30 fachbezogene Exzellenzcluster** mit durchschnittlich **je 6,5 Mio. €** gefördert werden, zuzüglich ebenfalls vorgesehener Kostenpauschalen. Entscheidend ist aber, dass die Initiative auch in ihrer **dritten Förderlinie** realisiert wird: Zur Förderung der deutschen **universitären Spitzenforschung** erhalten bis zu **zehn Universitäten jährlich etwa 21 Mio. €** zusätzliche Mittel. Zentral für die Exzellenzorientierung ist, dass diese Mittel **im Wettbewerb** um die besten Konzepte und auf fünf Jahre begrenzt vergeben werden. Diese Förderung hat zum Ziel, durch die Entwicklung von international konkurrenzfähigen Gesamtstrategien Spitzenforschung zu fördern und zugleich die Sichtbarkeit und das Renommee deutscher Hochschulen im internationalen Wettbewerb zu erhöhen.

Mit dem Pakt und der Exzellenzinitiative haben wir der Forschung und Wissenschaft in Deutschland die **Planungssicherheit** und **klare Wachstumsperspektive** gesichert, die sie im europäischen und internationalen Wettbewerb dringend benötigen. Gleichzeitig haben wir die **Qualitätssicherung** auch durch mehr Wettbewerb verbessert. Eine Win-Win-Situation für alle: **Mehr Geld für Forschung, aber auch mehr Forschung für das Geld.**

2. Reform der Forschungsstrukturen

Der Erfolg unserer Wissenschafts- und Forschungspolitik seit 1998 liegt nicht nur darin begründet, dass wir deutlich mehr Mittel mobilisiert haben. Vielmehr haben wir gleichzeitig die **Forschungsstrukturen grundlegend modernisiert** und unsere Förderschwerpunkte auf Innovation und Zukunftstechnologien **neu ausgerichtet**. Dies gelang im Konsens mit den Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen und damit unter Wahrung der Autonomie von Wissenschaft und Forschung. Durch die zunehmende, in manchen Bereichen kontinuierliche **Evaluierung** der Förderprogramme, der **Entbürokratisierung** und **Verschlanung** der Verfahren sowie der **Intensivierung der Zusammenarbeit** von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft haben wir die Effizienz und Flexibilität der Forschungsstrukturen seit 1998 deutlich steigern können.

■ Programmorientierte Förderung

Ein wichtiges Beispiel für die Modernisierung der Forschungsstrukturen ist grundlegende Umsteuerung auf eine „**Programmierorientierte Förderung**“ bei den in der Helmholtz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen 15 Forschungszentren. Bereits im Herbst 2001 haben Bund und Länder gemeinsam mit der Helmholtz-Gemeinschaft und in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates einen nachhaltigen Umstrukturierungsprozess eingeleitet. Dessen Ziel ist es, Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte der Helmholtz-Zentren neu zu strukturieren und auf relevante Forschungsbereiche zu konzentrieren. Dazu wurden die **sechs Förderbereiche** „Gesundheit“, Verkehr und Weltraum“, „Erde und Umwelt“, „Energie“, „Struktur der Materie“ und „Schlüsseltechnologien“ identifiziert und in den Jahren 2002-2004 **intensiv evaluiert**.

Im Ergebnis ergaben diese Analysen **neue Arbeitsschwerpunkte**, wie beispielsweise im Gesundheitsbereich die patienten- und krankheitsorientierte Forschung, im Umweltbereich die Erforschung von Naturkatastrophen, im Energiebereich die Erforschung erneuerbarer E-

nergien und höherer Energieeffizienz oder bei den Schlüsseltechnologien die Mikrosystemtechnik und die Nanotechnologie. Die konkrete Formulierung der in der Regel fünfjährigen Programme erfolgt selbstverständlich im Wissenschafts- und Forschungsbereich, allerdings sind Bund und Ländern sowie die Wirtschaft intensiv beteiligt. Die Programme unterliegen zudem einer **internationalen Evaluierung** und Bewertung. **Jährliche Fortschrittsberichte** sichern zudem ein effektives Controlling der Förderprogramme. Wir haben damit in der Forschungsförderung eine durchgängige **kooperative Evaluierungs- und Controllingkultur** etabliert, ein zentrale Voraussetzung für die effizientere Verwendung der öffentlichen Mittel.

Entscheidend ist und bleibt aber, dass sich mit der Einführung der „Programmorientierten Förderung“ die Mittel nicht institutionell an Einrichtungen und Zentren, sondern sachlich an den Ergebnissen der Evaluation und entsprechenden Förderprogrammen und Arbeitsschwerpunkten orientieren. Wir haben damit eine **neue Qualität des Zusammenwirkens** der rechtlich selbständigen Helmholtz-Zentren erreicht und **Kooperation und Wettbewerb verstärkt**.

■ **Stärkung der Forschung in Ostdeutschland**

Einen Schwerpunkt der Reformmaßnahmen bildete die Forschungsförderung in Ostdeutschland. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur Bündelung von Kompetenzen in den Neuen Ländern und zur Schaffung von **leistungsfähigen Innovationsstrukturen** gezielte Initiativen des BMBF mit Nachdruck unterstützt.

Den Kern bildet die **BMBF-Innovationsinitiative „Unternehmen Region“** für die Neuen Länder. Die Initiative steht für eine regional orientierte und unternehmerisch ausgerichtete Förderpolitik, für die im Zeitraum von **1999 bis 2007** das BMBF **über 500 Millionen €** zur Verfügung stellt. Seit 1999 wurden und werden in 23 innovativen regionalen Netzwerken, 17 innovativen regionalen Wachstumskernen, 60 Innovationsforen und 6 Zentren für Innovationskompetenz (ZIKs) insgesamt rund 1.500 Einzelprojekte unterstützt.

Ein wichtiger Aspekt ist die Förderung von sechs **„Zentren für Innovationskompetenz“** (ZIK) in den Neuen Ländern, das erste wurde im Juni 2005 in Dresden eröffnet. Mit den Zentren sollen für international herausragende Nachwuchswissenschaftler exzellente Arbeitsbedingungen geschaffen und den ostdeutschen Regionen wichtige technologische Impulse gegeben werden. Sie folgen einer langfristigen Strategie, die Grundlagenforschung und Marktorientierung langfristig verbinden soll. Für die ZIK stehen bis 2010 rund **60 Millionen €** zur Verfügung.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Innovationsinitiative ist das Forschungsförderprogramm **„Innovative regionale Wachstumskerne“** oder **„InnoRegio“**, das es vielen Unternehmen erst ermöglicht, mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen regional zusammenzuarbeiten und durch Innovationen neue Märkte zu erschließen sowie zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Durch das Förderprogramm **„InnoRegio“** werden **bis 2006** insgesamt **255,6 Mio. €** in die Neuen Länder fließen. Mit bisher 23 innovativen Technologie-Regionen zeigt das Programm, wie Aufbau Ost gelingen kann.

■ **Deutschlands stark in europäischer Forschung**

Der europäische Forschungsraum muss noch enger zusammenwachsen, wenn die Lissabon-Ziele erreicht werden sollen. Der EU-Rat hat 2003 in Barcelona beschlossen, bis 2010 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf **3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts** zu erhöhen. Als wichtigstes Instrument dienen hier die Forschungsrahmenprogramme (FRP) der EU, das 6. FRP läuft 2006 aus und das 7. wird gegenwärtig in Brüssel beraten. Auch in Deutschland müssen öffentliche Hand und auch die Wirtschaft ihre Anstrengungen weiter erhöhen und stärker auf Zukunftstechnologien konzentrieren, um die Ziele von Lissabon erreichen zu können.

Das deutsche Engagement auf europäischer Ebene kann sich unter uns mehr als sehen lassen: Der deutsche Anteil an den von der EU bereitgestellten Fördermitteln konnte beim 6. FRP im Vergleich zum 5. FRP von rund 18 Prozent auf ca. **20 Prozent** gesteigert werden und liegt damit in etwa auf der Höhe des deutschen Beitrags für den gesamten EU-Haushalt. Deutsche Forscher und Unternehmen sind an **80 Prozent** der Projekte, die auf besonders zukunftsorientierte Themengebiete wie etwa die Lebenswissenschaften oder die Nanotechnologie ausgerichtet sind, beteiligt.

Seit 1998 konnte die SPD-geführte Bundesregierung in der europäischen Forschungsförderung eine **veränderte Schwerpunktsetzung** erfolgreich voranbringen. Neben u.a. der Stärkung der Gesundheitsforschung für die Menschen oder der Geistes- und Sozialwissenschaften unterstützen wir beispielsweise in der Raumfahrtpolitik nachdrücklich die Konzentration auf die **unbemannte Raumfahrt**. Selbstverständlich erfüllen wir unsere Verpflichtungen für die Internationale Raumstation ISS, die wir von der Kohl-Regierung geerbt haben. Mehr an bemannter Raumfahrt wird es aber mit uns nicht geben, da sie um ein Vielfaches teurer ist und weitaus größere Gefahren birgt. Risiko und Aufwand stehen in keinem akzeptablen Verhältnis zum möglichen wissenschaftlichen Ertrag der bemannten Raumfahrt. Hingegen zeigen unser erfolgreicher Einsatz für das europäische Satellitennavigationssystem „Galileo“, die Fortschritte in der satellitengestützten Erd- und Klimabeobachtung oder die Erfolge in der Erforschung des Mars mit Raumsonden die großen Potenziale unbemannter Raumfahrt. Die Raumfahrtpolitik der SPD-geführten Regierungskoalition war ausgesprochen erfolgreich.

Darüber hinaus haben wir maßgeblich dazu beigetragen, die Förderverfahren auf europäischer Ebene zu vereinfachen. Durch **Entbürokratisierung** und **Verschlinkung der Verfahren** haben wir die Nutzerfreundlichkeit und damit die Attraktivität des FRP deutlich steigern können.

Wir wollen erreichen, dass diese Erfolge auf europäischer Ebene fortgesetzt werden können. In den Beratungen zum kommenden **7. FRP** konnten wir bereits **wichtige Eckpunkte** erfolgreich einbringen. So setzen wir uns insbesondere für einen Aufwuchs der Forschungsbudgets und für die Ausrichtung der vorgesehenen Sicherheitsforschung auf allein zivile Bedarfe ein. Wir fordern einen wirklich unabhängigen „European Research Council“ sowie eine kontinuierliche Qualitätssicherung. Insgesamt sind wir in den letzten sieben Jahren dem europäischen Forschungsraum ein wichtiges Stück näher gekommen.

■ **Technikfolgenabschätzung ausgebaut**

Gerade in Zeiten komplexer Technologien und dynamischer Entwicklungen und Wirkungen wird die Nachfrage nach unabhängigen und Informationen und orientierendem Wissen stärker zunehmen. Das seit 1990 bestehende **Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB)** hat sich als wissenschaftliche Beratungseinrichtung des Deutschen Bundestags gerade in den letzten Jahren **mehr als bewährt**.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich die Expertise des TAB auch in dieser Wahlperiode immer wieder zunutze gemacht, um anstehende Diskussionen und Entscheidungen in unterschiedlichsten Politikfeldern wissenschaftlich fundiert vorzubereiten. Besondere Meilensteine waren hierbei der im Juli 2003 vorgelegte Bericht „Nanotechnologie“ und die beiden vieldiskutierten Berichte zur Biometrie in den Ausweisdokumente von 2004 sowie die Studie "Langzeit- und Querschnittsfragen in europäischen Regierungen und Parlamenten". Neben diesen Studien hat TAB in dieser verkürzten Wahlperiode eine Reihe weiterer Berichte zu wichtigen Zukunftsthemen vorgelegt, etwa zur geothermischen Stromerzeugung, zu Möglichkeiten der Rüstungskontrolle im Weltraum, zur Präimplantationsdiagnostik oder zu Zukunftstrends im Tourismus, weitere sind in Vorbereitung bzw. kurz vor dem Abschluss.

Da der Impuls zu einem TAB damals maßgeblich von der SPD-Bundestagsfraktion ausging, sind wir besonders stolz auf diese **wertvolle** und **unverzichtbare Beratungsinstitution**, die

wichtige Grundlagen für wissenschaftsbasierte Entscheidungen des Parlaments liefert. Wir müssen solche Elemente der **unabhängigen Expertise** und **Evaluation** in allen Bereichen weiter **ausbauen**, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und reagieren zu können. Die Technikfolgenabschätzung ist heute ein integraler Bestandteil aller Forschungsvorhaben des Bundes.

■ Förderung von Frauen in Forschung und Lehre

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Frage der Geschlechtergerechtigkeit zu einem Schwerpunkt ihrer Politik gemacht und bereits 1999 die Frauenförderung zum Gender-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe weiterentwickelt. Auch in der Bildungs- und Forschungspolitik haben wir die **Frauenförderung** zu einer **vordringlichen Aufgabe** gemacht. Ein moderner Forschungsstandort bedarf der wissenschaftlichen Arbeit von Frauen in Wissenschaft, Forschung und Lehre, um das gesamte wissenschaftliche Potenzial der Gesellschaft nutzen zu können. Dazu gehört auch, im Zuge des laufenden Generationenwechsel an den Hochschulen mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Im Frühjahr 2003 haben Bund und Länder ihr Hochschul- und Wissenschaftsfachprogramm (HWP) verlängert. Damit fließen **bis 2006 weitere 92 Mio. €** in die Frauenförderung in Forschung und Lehre. Ziel ist, dass 40 Prozent des im HWP geförderten Personals Frauen sind. Durch unsere Initiativen konnten wir den Frauenanteil an Professuren seit 1998 von 9,5 Prozent auf **14 Prozent** kontinuierlich steigern, bei den Juniorprofessuren haben wir sogar eine Quote von mehr **als 28 Prozent** erreicht. Dies ist ein Fortschritt, weitere Anstrengungen werden aber notwendig sein.

3. Neuausrichtung der Forschungsförderung – Forschen für die Gesellschaft

Ein entscheidender Beitrag zur Reform der Forschungsstrukturen ist die **erfolgreiche Neuausrichtung der Forschungsförderung** auf Zukunftstechnologien und auf die tatsächlichen gesellschaftlichen Erfordernisse unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Globalisierung, der weitergehenden europäischen Integration und des sozialen wie demographischen Wandels. Die SPD-Bundestagsfraktion konnte zur neuen Schwerpunktsetzung und Gestaltung der Programme in allen Phasen einen wichtigen Beitrag leisten. Die **positive Entwicklung** auf nahezu allen Forschungsfeldern spricht für sich: Wir haben mehr Geld effektiver zur Lösung der Probleme eingesetzt, die entweder für unsere Gesellschaft an drängendsten sind oder zur langfristigen Sicherung unserer Innovationsfähigkeit und unseres Wohlstandes von zentraler Bedeutung sind.

■ Schwerpunkt Schlüsseltechnologien

Wir haben unsere Forschungsförderung konsequent auf zukunftssträchtige Schlüsseltechnologien ausgerichtet. Sie sind auch deshalb so wichtig, weil von Schlüsseltechnologien besondere Hebelwirkungen für Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Dadurch konnte Deutschland den **Vorsprung** in wichtigen **Zukunftsbranchen** der Wirtschaft weiter ausbauen und sich in den Schlüsseltechnologien wie der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Bio- und Nanotechnologie, der Mikrosystemtechnik, der Produktions-, Werkstoff- und der optischen Technologien hervorragend positionieren. Wir haben dafür gesorgt, dass verstärkt Fördermittel für industriegeführte, vorwettbewerbliche Innovationsprojekte zur Verfügung stehen, die insbesondere eine enge Zusammenarbeit von – vor allem auch kleinen und mittleren – Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären FuE-Einrichtungen vorsehen.

- Allein in der **Nanotechnologie** haben wir seit 1998 die Mittel für die Projektförderung mehr als vervierfacht, allein 2004 geben wir **129,2 Mio. €** an Projektförderung aus. Mit

insgesamt rund **290 Mio. €** an öffentlichen Fördermitteln steht Deutschland in Europa bei der Förderung der Nanotechnologie an der Spitze.

- Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion und über 80% der Exporte Deutschlands hängen heute vom Einsatz moderner **Informations- und Kommunikationstechnik** (IuK) und elektronischer Systeme ab. Im Bereich der Informationstechnologie haben wir daher gleich mehrere Förderprogramme aufgelegt, u.a. den „High-Tech-Masterplan“, die Gründerinitiative und „IT-Forschung 2006“. Allein mit dem letztgenannten Programm stehen bis 2006 insgesamt **3 Mrd. €** zur Verfügung, je 1,5 Mrd. € für die Projektförderung und für die institutionelle Förderung.
- Die Aufwendungen des Bundes für **Biotechnologien** haben sich seit 1998 um insgesamt **82 Prozent** auf **193,5 Mio. €** in 2005 erhöht. Das Nationale Genomforschungsnetz – eine Erfolgsstory unserer Forschungsförderung – wird bis 2008 mit weiteren **174 Mio. €** gefördert. Deutschland belegt mittlerweile nach einer großen Aufholjagd den Spitzenplatz in Europa bei der Zahl der niedergelassenen Biotechnologieunternehmen. Übrigens: Wir forschen auch, um die Zahl medizinisch notwendiger Tierversuche weiter reduzieren zu können.
- Seit 1998 hat das BMBF Projekte zu **optischen Technologien** mit rund **500 Mio. €** bis 2004 gefördert. Allein mit dem im Frühjahr 2002 gestarteten Förderprogramm "Optische Technologien - Made in Germany" stehen bis 2006 etwa **280 Mio. €** für die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich bereit. Über 400 Firmen, zumeist kleine und mittelständische Unternehmen, engagieren sich inzwischen in neun Kompetenznetzen.
- Die **Material- und Sicherheitsforschung** bildet eine weitere zukunftssträchtige Schlüsseltechnologie, von der zahlreiche Forschungsbereiche erheblich profitieren können. Dies gilt für regenerative Energien von der Solartechnik bis zu effizienteren Windrädern und für die Automobilindustrie ebenso, wie für die Fusionsforschung, mit der wir prüfen, ob und wie zur Energiegewinnung die „Sonne auf die Erde“ geholt werden kann. Allein das Förderprogramm „**WING** – Werkstoffinnovationen für Industrie und Gesellschaft“ stellt 2004-2008 rund **300 Mio €** für diese wichtige Forschung bereit. Zudem leisten deutsche Forschungseinrichtungen im Zuge unseres Ausstiegs aus der nicht zu verantwortenden Kernenergie weitere wichtige Beiträge zur Sicherheit von bestehenden Kernkraftwerken und zur Ermöglichung ihres sicheren Rückbaus.

Dies sind nur einige Beispiele. Dass wir in der Förderung der Schlüsseltechnologien insgesamt auf dem richtigen Weg sind, belegt auch der Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2005: Demnach verzeichnet Deutschland bei den Spitzentechnologien und hochwertigen Technologien einen **Exportüberschuss von 132 Milliarden €**. Ferner haben wir auch bei den forschungsintensiven Gütern einen **Weltmarktanteil von fast 16 Prozent** und liegen hinter den USA auf einem hervorragenden **zweiten Platz**.

■ **Nachhaltigkeit als Motor für Innovation**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat entscheidend dazu beigetragen, **Nachhaltigkeit** zu einer durchgängigen **Leitlinie der Innovations- und Forschungspolitik** Deutschlands weiterzuentwickeln. Mit dem Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“, das 2004 gestartet wurde und für die nächsten fünf Jahre ein Fördervolumen von rund **800 Mio. €** vorsieht, und mit flankierenden Maßnahmen im Rahmen der nationalen Forschungsförderung ist dieser Ansatz übernommen und weiterentwickelt worden. Auch in den Beratungen zum 7. Forschungsrahmenprogramm der EU konnten wir die Idee einer innovationsfördernden Nachhaltigkeitsorientierung erfolgreich einbringen.

Der **Nachhaltigkeits-Ansatz** ist von der SPD-Bundestagsfraktion beispielsweise für die **Informations- und Kommunikationstechnologie** (IuK) intensiv beraten worden. Bereits in der 14. Wahlperiode hatten die Koalitionsfraktionen die Initiative zu zur Entwicklung einer

branchenspezifischen Nachhaltigkeitsstrategie („Roadmap“) in der IuK-Technik ergriffen. Das BMBF hat im Jahr 2001 zudem das Projekt „Nachhaltigkeit in der Informationstechnik (NIK)“ aufgelegt und damit eine einzigartige Dialog-Plattform für Vertreter aus IT-Unternehmen, Wissenschaft, Verwaltung und Politik geschaffen. Das Projekt hat bereits eine **Vielzahl konkreter Initiativen** hervorgebracht, z.B. in Bezug auf die energieeffiziente Ausgestaltung der Infrastrukturtechnik von Mobilfunkanlagen, ein verbessertes Recycling von Bildschirmglas, Second-hand-Märkte für Handys oder Leitfäden zur Beschaffung von ressourcensparenden IuK-Produkten in Verwaltungen und Unternehmen. Allein die Umsetzung der Initiativen und Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz würde ausreichen, um ein komplettes Kraftwerk in Deutschland abschalten zu können.

Ein zweites wichtiges Nachhaltigkeits-Beispiel ist die Erforschung der Potenziale **nachwachsender Rohstoffe** zur Substitution von Erdöl, etwa in der Kunststoffproduktion. Doch die Umstellung der chemischen Industrie und der verarbeitenden Industrie auf nachwachsende Rohstoffe erfordert völlig neue Ansätze in Forschung und Entwicklung, Bildung und Lehre, Produktion, Vertrieb und Konsum. Sie könnte aber einen großen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Nachhaltigkeit unserer Industrie leisten, da Treibhausgasemissionen verringert und Fortschritte auf dem Weg zu einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft im Sinne der Agenda 21 ermöglicht würden. Mit uns ist Deutschland bereits weltweit führend bei der schrittweisen Umstellung seiner Energiewirtschaft auf erneuerbare Energien.

Wir sind davon überzeugt, dass eine **innovative Nachhaltigkeitsstrategie** ein **Motor der Entwicklung** und künftigen Wertschöpfung sein kann. Dafür werden wir weiter kämpfen.

■ **Arbeitsforschung: Produktion und Dienstleistungen von Morgen**

Gerade für die SPD-Bundestagsfraktion ist **Arbeitsforschung** und **Arbeitsschutz unbedingbar** für die langfristige Sicherung der Qualität der Arbeitsprozesse, für die positive Gestaltung von Sicherheit und Gesundheit im Arbeitsleben sowie für die Beherrschung der Kosten in den sozialen Sicherungssystemen. Arbeitsforschung und Arbeitsschutz bilden eine wesentliche Basis für die Innovationskraft Deutschlands. Denn Erfolge in diesen Bereichen führen nachweisbar zu einem Rückgang der Inanspruchnahme medizinischer, sozialer und rehabilitativer Leistungen und zur Senkung der krankheitsbedingten Ausfallzeiten. Allein im Jahr 2002 kam es zu rund 500 Millionen Ausfalltagen, das sind 1,35 Millionen ausgefallene Erwerbsjahre oder auf ungefähr 44 Milliarden € volkswirtschaftlichen Schadens. Aufgrund der Globalisierung und der demographischen Entwicklung besteht zudem ein **hoher Reform- und Innovationsdruck** für die Gesellschaft und damit auch für die Träger der sozialen Sicherung.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Arbeitsforschung die Initiative ergriffen und mit Fachpolitikern aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeit sowie Gesundheit und Soziale Sicherung sowie Experten aus Wissenschaft und Forschung die Frage intensiv diskutiert. Es wurde klar, dass eine **bessere Verzahnung** der bisher jeweils separat agierenden Teilsysteme der sozialen Sicherheit und eine stärkere Kooperation erfolgen müssen. Auch die Förderprogramme des BMBF **"Innovative Arbeitsgestaltung - Zukunft der Arbeit"** und **"Lernkultur Kompetenzentwicklung"** bilden eine wichtige Grundlage für die Sozialpartner, weil sie den Zusammenhang zwischen Arbeitsgestaltung, Qualität der Arbeit, Arbeitsorganisation, Innovationsfähigkeit und Beschäftigungsentwicklung herstellen. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode uns weiter dafür einsetzen, dass der hohe Stellenwert der Arbeitsforschung und des Arbeitsschutzes im Zusammenhang mit den Perspektiven der Produktion von morgen und moderner Dienstleistungen politisch und öffentlich stärker wahrgenommen wird.

■ Gesellschaftswissenschaften wieder eine klare Perspektive geben

In Zeiten von Globalisierung, europäischer Integration und zunehmenden internationalen sozialen und kulturellen Konflikten nimmt der Bedarf an Interpretations-, Orientierungs- und Problemlösungswissen stark zu. Die schwarz-gelbe Koalition hat vor 1998 die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften empfindlich vernachlässigt und Informationsdefizite leichtfertig in Kauf genommen. Wir haben **diese kurzsichtige Politik beendet** und die Situation für die Gesellschaftswissenschaften insgesamt **deutlich verbessern** können.

Dies gilt insbesondere für die **Friedens- und Konfliktforschung**. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte bis 1998 die finanzielle Förderung für die deutsche Friedensforschung nahezu bis auf Null zurückgefahren und damit einem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und den neuen Konfliktlagen zunehmend bedeutenden Wissenschaftszweig die Entwicklungsperspektive versperrt. Wir haben diese falsche Politik nach Amtsantritt unmittelbar rückgängig gemacht. Mit der **Einrichtung der deutschen Stiftung Friedensforschung**, die von der AG Bildung und Forschung über parlamentarische Initiativen mitangeschoben wurde, konnte die Friedensforschung in Deutschland auf ein neues, **tragfähiges Fundament** gestellt werden. Die bisher dreijährige Arbeit der Stiftung hat bereits wertvolle Erkenntnisse über neue und zukünftige Bedrohungslagen sowie zu möglichen Strategien zur Konfliktprävention und Perspektiven für die Weiterentwicklung einer Politik der Rüstungskontrolle und Krisenprävention und -bewältigung gebracht. Insgesamt **25 Mio. €** aus Bundesmitteln wurden in die Stiftung eingestellt, 2004 konnten wir die Aufstockung um eine weitere Mio. € durchsetzen. Wir haben damit die Friedensforschung in Deutschland endlich wieder angemessen institutionalisiert.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist zweitens davon überzeugt, dass auch die **Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften** einen spezifischen und unverzichtbaren Beitrag zur Förderung von gesellschaftlichen **Innovationen und Integration** leisten. Sie geben wichtige Impulse beispielsweise zur interkulturellen Bildung, zur Humanisierung der Lebens- und Arbeitswelt, zur Bewältigung von Migrations- und Integrationsprozessen und zur nachhaltigen Gestaltung des technologischen Fortschritts etwa im Rahmen der Technikfolgenabschätzung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur Situation der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaft in Deutschland eine Anhörung im Deutschen Bundestag initiiert, die eine große öffentliche Resonanz erfahren hat und deren Ergebnisse in die Wissenschafts- und Forschungspolitik der kommenden Legislaturperiode einfließen werden. Die Bedeutung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaft wird schon allein daran deutlich, dass in einem Jahr **zehn mal mehr Menschen** die Vielzahl unserer **Museen** besuchen, als die Stadien der Bundesliga.

Wir haben entscheidend dazu beigetragen, dass der Bund die **Förderung für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften verstärkt** hat, wohingegen insbesondere Unionsländer hier unkoordinierte Mittelkürzungen vorgenommen haben. Neben der Förderung durch die DFG und der finanziellen Unterstützung für die in der „Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute“ zusammengeführten Einrichtungen unterstützt der Bund vor allem disziplinübergreifende Debatten zum rasanten Wandel unserer Gesellschaft. Für die neue Initiative „Geisteswissenschaften im gesellschaftlichen Dialog“ stehen in den kommenden **drei Jahren 13,5 Mio. €** zur Verfügung.

V. Fazit

Die SPD-Bundestagsfraktion hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Bildungs- und Forschungspolitik nach 1998 zu einer Erfolgsstory der rot-grünen Koalition werden konnte. Es war diese Koalition, die den Raubbau von Theo Waigel und Minister Rüttgers am Bildungs- und Forschungshaushalt gestoppt und die notwendige Umsteuerung auf Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation durchgesetzt hat. Es war diese Koalition, die diese kla-

re Priorität für Bildung und Forschung auch unter schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen erfolgreich gesetzt, Chancengleichheit für alle im Bildungsbereich erhöht und Deutschland wieder an die Spitze der Forschungsnationen gebracht hat.

Wir konnten die Mittel in allen Bereichen deutlich erhöhen und die Verwendung der Mittel effizienter gestalten. Im Schulbereich sind uns mit dem Ganztagschulprogramm und der nationalen Bildungsberichterstattung wichtige Reformimpulse gelungen. Wir haben unseren Beitrag zur Modernisierung der Hochschulen geleistet und das BAföG wieder zu einem effektiven Instrument für mehr Chancengleichheit gemacht. Wir haben die Attraktivität und Autonomie der deutschen Hochschulen erhöht und die Internationalisierung und Europäisierung des Bildungsraums aktiv vorangetrieben. Wir haben über 150 Berufe modernisiert oder neu geschaffen und damit sowie der Novelle des Berufsbildungsgesetzes die größte Reform der beruflichen Bildung seit 1969 verwirklichen können. Und schließlich haben wir uns unserer Verantwortung gestellt und vielen Jugendlichen mit dem Ausbildungspakt endlich wieder eine verbesserte bessere Perspektive auf dem Ausbildungsmarkt gegeben.

In der Forschung haben wir die Fördermittel deutlich erhöht und die Forschungsstrukturen nachhaltig modernisiert. Programmorientierung, Evaluierung, Qualitätssicherung und die verstärkte Kooperation von Universitäten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sind heute mehr denn je ein integraler Bestandteil der deutschen Forschungsstrukturen – aber auch der Forschungskultur. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation haben wir den großen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen und der DFG Planungssicherheit und eine klare Wachstumsperspektive bis 2010 gegeben. Wir haben mit der Exzellenzinitiative und gegen den langanhaltenden Widerstand der Union 1,9 Mrd. Euro zusätzlich für die Spitzenforschung in Deutschland durchgesetzt. Wir haben Deutschland wieder zur Forschungsnation Nummer zwei gemacht.

Wir waren erfolgreich, weil wir die Herausforderung klar erkannt haben und mit klarem Konzept an die Arbeit gegangen sind. Es war die Union, die gerade den für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft so wichtigen Bereich Bildung und Forschung zum Kampfplatz für parteipolitisches Hickhack auserkoren hat. Allein die Exzellenzinitiative und der Pakt wären bereits letztes Jahr in gleicher Weise möglich gewesen, die Blockadepolitik der Union und allen voran von Roland Koch hat der deutschen Forschung so 18 wertvolle Monate gekostet. Auch blockiert die Union weiterhin den Subventionsabbau, etwa der Eigenheimzulage, zugunsten von Bildung und Forschung, wohingegen sie diese offenbar zur Gegenfinanzierung für Steuersenkungen für Besserverdienende jederzeit zur Disposition stellt. Auch bei dem Ganztagschulprogramm haben wir wegen der Union viel Zeit verloren. Und in der Klage Hessens und Bayerns gegen die Bundeszuschüsse zum Bologna-Kompetenzzentrum zeigt sich die gesamte Kleinkarierteheit der Union.

Wir haben hingegen die in der AGENDA 2010 vorgesehene Priorität von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation erfolgreich voran getrieben. Deutschland ist heute in Bildung und Forschung zukunftsfähiger und auch international besser aufgestellt. Dieser Erfolg belegt, dass der Bund im Zusammenwirken mit den Ländern einen wichtigen, unverzichtbaren Beitrag zur Modernisierung und Weiterentwicklung des Bildungssystems und zur Verbesserung des Forschungs- und Entwicklungsstandortes leisten kann. Die politischen Probleme und das Selbstblockaderisiko des Forschungs- wie vor allem des Bildungsföderalismus sind in den vergangenen Jahren offenkundig geworden. Eine Reform unseres föderalen Systems aber, die dem Bund keine Handlungsmöglichkeiten in Bildungs- oder Forschungsfragen mehr ließe, ignoriert alle positiven Erfahrungen der letzten Jahre und handelt wider besseren Wissens gegen die Interessen unseres Landes. Ein Extremföderalismus wie er etwa von den Ministerpräsidenten der von Hessen oder Bayern propagiert wird, führt in die bildungs- und forschungspolitische Kleinstaaterei und ist eine Gefahr für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland. Wir setzen hingegen auf einen kooperativen Föderalismus mit einer klaren Kompetenzaufteilung, in dem der Bund und Länder gemeinsam die Grundlagen ihrer Politik erarbeiten und wechselseitig abstimmen. Wir werden dafür kämpfen,



dass dieser Ansatz in der Debatte zur Föderalismusreform auch weiterhin nicht vernachlässigt wird.

- **Ende | Berlin 2005**